

## **6 Fragestunde**

Bgm.<sup>in</sup> Kahr:

Wir kommen nun zur Fragestunde.

***Beginn Fragestunde: 12.17 Uhr.***

### **6.1 Frage 1: Missstände bei Bebauungsplanverfahren (KO GR Mag. Pascuttini, KFG an Vzbgm.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner, Grüne)**

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hohe Stadtregierung, hoher Gemeinderat, werte Zuseher!

Meine heutige Frage in der Fragestunde zielt auf Missstände bei Bebauungsplanverfahren ab. Wir haben dazu schon einmal eine Anfrage eingebracht am 6. Juli, leider nicht innerhalb der 3-Monats-Frist beantwortet worden, aber das ist ja schon nur mehr eine Randnotiz. 3 Gemeinderatssitzungen, aber ich glaube es war am 6. Juli 2022. Da mir ich mir nicht sicher, aber sonst nehme ich den Einwand natürlich gerne auf. War auch gestern in Andritz immer wieder Thema, dass eben Anliegen, die selbst der Bezirksrat beschließt, wird am Einbringen nicht beantwortet werden, Wohnstraße Zelinkaweg zum Beispiel, das ist dort schon ein riesen Thema, aber ich schweife ab.

Zurück zu den Bebauungsplanverfahren, da gibt es eine recht aktuelle Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs noch, dass diese Bebauungspläne innerhalb von 18 Monaten nicht erstellt worden sind, dass das eigentlich ein Bauverbot darstellt und eine unverhältnismäßige Eigentumsbeschränkung sein kann. Immer wieder kann man dann auch den Medien entnehmen, zuletzt auch rund um die Diskussionen Shopping Nord, dass eben Bebauungsplanwerber, die eben innerhalb der Frist ihren Bebauungsplan nicht erstellt bekommen, dann zum Verfassungsgerichtshof gehen und

da natürlich des Öfteren auch recht bekommen, wie auch in dieser Entscheidung, auf die sich dieser gesamte Antrag stützt. Es ist in Zukunft natürlich damit zu rechnen, dass aufgrund der Stek und des Fläwi und dergleichen wir noch weitere Bebauungspläne erstellen werden müssen. Die Anzahl steigt, die Ressourcen vermutlich nicht im gleichen Ausmaß. Deshalb stellt sich natürlich die Frage wie kann die Stadt in Zukunft sicherstellen, dass die Bebauungspläne innerhalb dieser vom Steiermärkischen Raumordnungsgesetz vorgegebenen Frist von 18 Monaten eben auch erstellt werden können. Meine

### **Frage**

an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin. Wie kann sichergestellt werden, dass in Zukunft deutlich mehr Bebauungspläne innerhalb der vorgegebenen Fristen erledigt werden können?

#### **Originaltext der Frage:**

*Wie den Medien laufend entnommen werden kann, sind immer wieder Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof in Bezug auf die Erstellung eines Bebauungsplans anhängig, bei welchen die Frist zur Erstellung nicht eingehalten wurde, wie zum Beispiel im Entscheid VfGH V249/2021 (Quelle Rechtsinformationssystem des Bundes).*

*Bei einem weiteren Bebauungsplan (<https://www.graz.at/cms/beitrag/10390637/7758896/Bebauungsplan.html>) wird auf Grund der Bedürfnisse der Stadt Graz vermeintlich auf einen großen Teil des Grundstücks zugegriffen (Quelle: Kleine Zeitung vom 14.10.2023). Auch wenn es einen Dichteausgleich geben soll, ist es doch auch das Grundstück das einen Wert bei Wiederverkauf darstellt und nicht zwingend die bestehende Bebauung.*

*Zu erwähnen ist auch die Erstellung des Bebauungsplanes Shopping Nord, bei dem auf Grund des vielfältigen öffentlichen Interesses zum einen ein zumindest auf politischer Ebene stattfindender Diskurs wünschenswert gewesen wäre, und zum anderen auch der VfGH mit einer Prüfung betraut wurde.*

*Da zukünftig mit einer massiven Ausweitung der Bebauungsplanpflicht zu rechnen ist, stellt sich doch die Frage, ob der sich dadurch zweifellos erhöhende Aufwand bei der Erstellung der Bebauungspläne von der Verwaltung überhaupt (innerhalb der Fristen) bewältigt werden kann. Zudem darf in diesem Zusammenhang die Bindung von Ressourcen bei derartigen Verfahren zur Erstellung von Bebauungsplänen in personeller und finanzieller Hinsicht nicht unterschätzt werden.*

*Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin, namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachstehende*

**Anfrage**

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates  
der Landeshauptstadt Graz:*

*Wie kann sichergestellt werden, dass in Zukunft deutlich mehr Bebauungspläne innerhalb der vorgegebenen Fristen erledigt werden können?*

Vzbgm.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner:**

Danke für diese Frage. Das erwähnte Urteil stellt tatsächlich unsere Abteilungen vor Herausforderungen. Ich möchte vielleicht noch einmal reinholen, warum brauchen wir die Bebauungspläne? Die sind das detaillierteste Planungsinstrument, das uns auch für gestalterische Qualitäten zur Verfügung steht. Nicht nur bei sozusagen rechtlichen Rahmenbedingungen entsprechen muss, als Verordnung ein Bauungsplan dem unterliegt, auch der Klärung von Grundeigentumsverhältnissen, wie Sie kurz erwähnt

haben, aber von raumordnungsrechtlichen Rahmenbedingungen, also das Stadtentwicklungskonzept, Flächenwidmungsplan, räumliches Leitbild, all das, aber dazu kommt, dass bei uns durch die Qualitätssicherung der jeweiligen Gestaltung das zu einem hohen komplexen Verfahren wird, weil sämtliche Abteilungen, nämlich Verkehrsplanung, Grünraumabteilung, Umweltamt, aber auch Abteilungen des Landes Steiermark fachlich einzubinden sind, wenn es um Gutachten geht, um Hochwasserschutz usw., wenn es um neue Bebauungspläne geht, mittlerweile auch um klimatologische Verhältnisse. Wir haben das KIS, wir haben Daten die dabei zu berücksichtigen sind. Wenn wir also die Qualität, die wir haben, beibehalten wollen bei den Bebauungsplänen, dann haben wir tatsächlich eine ziemliche Herausforderung. Wir wollen dem aber trotzdem und sind bemüht dem gerecht zu werden. Deswegen gab es ja auch im, jetzt weiß ich nicht war es der letzte oder vorletzte Gemeinderat, ein dringlicher Antrag von der Kollegin Alexandra Würz-Stalder, nämlich dass wir uns an den Landesgesetzgeber wenden um diesbezüglich nachzubessern um uns Möglichkeiten zu geben diese Qualität beizubehalten, die notwendige Zeit dafür zu bekommen und diese 18-Monate-Frist, die uns auferlegt ist, durch das Urteil zu verlängern gegebenenfalls wenn es notwendig ist, weil eben so viele Interessen berücksichtigt werden müssen, nicht zuletzt die von Bürgerinnen und Bürgern im Sinne von immer hier auch und von uns durchaus erwünschten und verfolgten Beteiligungsprozessen, die wir nicht weniger haben wollen sondern mehr, siehe auch Kindermanngasse, wo wir das jetzt ausführlicher machen und auch ausprobieren. Das braucht Zeit, also Qualität braucht Zeit und deswegen bemühen wir uns und ich hoffe der Landesgesetzgeber gibt uns dann die entsprechenden Möglichkeiten. Trotzdem muss jetzt unsere Verwaltung, also gerade die Stadtplanung, entsprechende Maßnahmen auch schon jetzt setzen. Sie versucht die Verwaltung in dem Fall, gerade die Regelungen zwischen Privaten, da weniger Zeit zu brauchen, aber auch das kann möglicherweise zu Lasten von Qualität gehen und deswegen bemühen wir uns eben um die Lösung mit dem Land.

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Wir sehen das anscheinend ziemlich ähnlich um es in Ihren Worten zu sagen, also es ist eine ziemliche Herausforderung vor der wir stehen. Jetzt alleine sozusagen auf eine Änderung oder auf eine Verlängerung dieser Frist durch den Landesgesetzgeber zu hoffen ist vielleicht etwas zu kurz gedacht, vor allem, weil es ja für diese 18-Monate-Frist natürlich ein Für und Wider geben kann. Der Bebauungsplanwerber hat ja natürlich auch ein Interesse daran, dass innerhalb eines gewissen Zeitraums, 18 Monate ist da eh schon recht lang gegriffen, auch weiß was er machen kann und was nicht. Jetzt ist meine Frage, gibt es abgesehen von dem Bemühen an den Landesgesetzgeber heranzutreten und diese Frist abzuändern auch andere Maßnahmen die Ihnen da in den Sinn kommen, wie zum Beispiel Ausbau des Personalstandes in den zuständigen Referaten der Abteilungen, die Zurverfügungstellung von mehr Ressourcen oder ist das nicht angedacht?

Vzbgm.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner:**

Natürlich denken wir darüber nach, das ist ein Thema, aber wir wissen die budgetären Verhältnisse und wissen auch um die Tatsache, dass Personal kostet und wir das deswegen dort einsetzen wo es sehr dringend benötigt ist, also wir müssen mittlerweile abstufen zwischen absolut und höchst notwendig und dringend und wo geht es sich noch aus, muss man wirklich so sagen. Es ist ein Thema, es ist mir wie gesagt wichtig, weil es eben wichtig ist um die entsprechende Qualität zu gewährleisten. Und manchmal obliegt es dann aber auch den Grundstückseigentümern da auch zu Lösungen zu kommen wo es Streitigkeiten gibt, die wir gar nicht als Politik lösen können. Und es liegt dann sozusagen außerhalb unseres Wirkungsbereiches, aber das kennen Sie aus den Medien, auch aus den Infoberichten, siehe Shopping-Center-Nord. Da haben wir deswegen derzeit keinen Einfluss und deswegen, wenn dort 18 Monate überschritten sind, liegt es nicht an der Stadt Graz.

**Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup> –Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner übernimmt den Vorsitz (12.25 Uhr).**

**6.2 Frage 2: Einrichtung einer ständigen Arbeitsgruppe gegen Antisemitismus (GR Mag. Pointner, Neos an Bgm.<sup>in</sup> Kahr, KPÖ)**

GR Mag. **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseherinnen und Zuseher auf der Galerie und an den Bildschirmen, werter Magistrat, werte Presse. Es ist ein Thema, mit dem man sich nicht gerne beschäftigt, mit dem ich mich jetzt aber hier zu beschäftigen habe, es geht um das Böse. Das Böse ist wie das Gute eine Kategorie so wie das Schöne und das Hässliche. Aber es gibt auch das wirklich Böse. Das wirklich Böse, das wir erleben müssen und das wir durch Social Media usw. nur allzu leicht erleben können. Ich versuche dem eigentlich zu entrinnen, aber manchmal hat man es zu tun, besonders als Mandatar, besonders als Mandatar einer Menschenrechtsstadt. Und so habe ich mich diesen Bildern, die wir alle, ich weiß nicht wie Sie damit umgegangen sind, die wir alle zur Verfügung hatten, ich habe mich den Bildern ausgesetzt und da habe ich das wirklich Böse gesehen. Das wirklich Böse wurde dort ausgeführt, ich gehe nicht darauf ein. Die Menschen die es ausgeführt haben waren aber tatsächlich vielleicht sogar nur fanatisierte Handlanger, das wirklich Böse sitzt dahinter, und das ist die Organisation der Hamas. Die Hamas ist eine Organisation die menschenverachtend ist, antidemokratisch und antisemitisch. Sie will, dass der Staat Israel verschwindet. Das hätte ich gerne in der Erklärung gelesen. Wir haben der Erklärung der Stadtregierung natürlich zugestimmt, medial, wir sind ja nicht in der Stadtregierung, aber ich habe doch Deutlichkeit, mehr Deutlichkeit, erwartet, wer einzig und allein für das Leid der Israelis und der eigenen palästinensischen Bevölkerung verantwortlich ist. Und das ist die Hamas und sonst niemand. Zur Erklärung der Stadtregierung habe ich Stellung genommen. Sie ist gut, sie ist notwendig, sie kam allzu spät, sie wurde allzu mühsam erstellt für meinen Geschmack. Besonders weil wir in Graz und in Österreich eine

historische Verantwortung haben. Wir waren vor gar nicht allzu langer Zeit selbst Handlanger des Bösen, der NSDAP. Wir tragen eine besondere Verantwortung, wir müssen immer, wenn das kommt, schnell reagieren. Wir haben in Graz eine pluralistische multikulturelle Gesellschaft und sind daher dem Antisemitismus in vielerlei Form ausgesetzt. Und deshalb bemühen wir NEOS uns schon seit langer Zeit, dass eine Arbeitsgruppe eingesetzt wird, die sich stets mit dem Antisemitismus und dem Wachsen des Antisemitismus in Graz auseinandersetzt und das jährlich im Gemeinderat berichtet. Ich erinnere an die Attacke 2020 auf Elie Rosen, auf den Präsidenten der Jüdischen Kultusgemeinde, und die weiteren Vorkommnisse um die Synagoge. Seither muss die Synagoge überwacht werden. Ich finde das als Österreicher, seit ich auf dieser Welt bin, eine Schande, dass wir Synagogen in diesem Land zu bewachen haben. Wir müssen mehr dagegen tun. Wir haben auch im April wieder einen Antrag eingebracht, einen schriftlichen, nicht nur der Antrag von 2021 von uns wurden von ÖVP und FPÖ damals abgelehnt, auch unser jetziger Antrag vom April für Einsetzung einer Arbeitsgruppe liegt immer noch in den Schubladen, ich weiß es nicht. Und daher meine

### **Frage**

an Sie, werte Frau Bürgermeisterin: Sind Sie bereit bis Ende des Jahres im Grazer Magistrat eine ständige Arbeitsgruppe gegen Antisemitismus nach Wiener Vorbild einzurichten (mit jährlicher Berichtspflicht an den Gemeinderat)?

### **Originaltext der Frage:**

*Der Überfall der Hamas auf Israel mit der wahllosen Ermordung von Kindern, Frauen und Männern stellt ein Ausmaß der Gewalt dar, dem gegenüber man nicht schweigen kann. Dieser Überfall ist auf das Schärfste zu verurteilen. Dem Staat Israel und seiner durch den bestialischen Terror der Hamas traumatisierten Bevölkerung ist unsere volle Solidarität zuzusichern. Zudem muss die Hamas als das bezeichnet werden, was sie ist: eine*

*antisemitische, menschenverachtende und antidemokratische Terrororganisation, die für das Leid der Israelis und ihrer eigenen Bevölkerung gleichermaßen und einzig und allein verantwortlich ist.*

*Vonseiten der Grazer Stadtregierung wurde dazu am 13. Oktober auch eine Erklärung zur Situation in Israel und Gaza von KPÖ, ÖVP, GRÜNE und KFG (einstimmig) im Grazer Stadtsenat beschlossen. Dieser Erklärung schließen wir NEOS uns an, denn sie stellt ein dringend notwendiges Zeichen gegen den abscheulichen Terror der Hamas und ihrer Gräueltaten dar. Man hat sich mühsam auf eine Erklärung geeinigt, die allzu spät erst veröffentlicht wurde.*

*Aber nicht nur im Nahen Osten, sondern auch bei uns in Graz sind wir mit einem Wiedererstarken des Antisemitismus konfrontiert. Besonders die dokumentierten Vorfälle der vergangenen Jahre geben uns NEOS schon lange Anlass zur Sorge, weshalb wir bereits im Jahr 2021 von der damals regierende ÖVP/FPÖ-Stadtregierung eine Intensivierung der Maßnahmen gegen den Antisemitismus forderten. Damals wurde unser dringlicher Antrag noch gegen die Stimmen von KPÖ, Grüne, SPÖ und NEOS abgelehnt.*

*Ganz anders sind die politischen Vorzeichen in diesem Jahr, doch leider müssen wir feststellen, dass auch KPÖ, Grüne und SPÖ in Regierungsverantwortung wenig Ehrgeiz bei der Bekämpfung von Antisemitismus an den Tag legen: Ein wiederum von uns NEOS eingebrachter schriftlicher Antrag zur Antisemitismus-Bekämpfung nach Wiener Vorbild aus dem April dieses Jahres wartet - für die Menschenrechtsstadt absolut beschämend - noch immer auf Erledigung.*

*Doch gerade jetzt ist es höchst an der Zeit, dem wiedererstarkenden Antisemitismus entgegenzuwirken und die in der Erklärung der Stadt Graz zur Situation in Israel und Gaza festgehaltenen Solidarisierung mit dem Staat Israel und seiner Bevölkerung mit konkreten Maßnahmen zu untermauern. Deshalb und im Sinne unserer historischen Verantwortung stelle ich gemäß § 16a der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat die*

**Frage**

**an Bürgermeisterin Elke Kahr:**

*Sind Sie bereit, bis Ende des Jahres im Grazer Magistrat eine ständige Arbeitsgruppe gegen Antisemitismus nach Wiener Vorbild einzurichten?*

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Danke vielmals Herr Gemeinderat Pointner erstens für die Frage an mich und zweitens auch bezüglich nicht nur des Appells, sondern was die Eindringlichkeit betrifft was das Thema Antisemitismus betrifft. Logisch, niemand hier in der Vergangenheit und auch erst recht nicht jetzt wird nur irgendwie in Abrede stellen, das Antisemitismus bei uns nicht nur in der Vergangenheit keinen Platz haben kann, sondern erst recht nicht jetzt in der Zukunft. Das ist etwas was die Stadt Graz als Konsens hat und auch immer sich dazu bekannt hat, aber eben auch nicht nur bekannt hat, sondern auch Einrichtungen geschaffen hat die genau das dort zum Thema machen müssen, immer und ständig, unabhängig von der fürchterlichen und abscheulichen Situation die wir jetzt täglich sehen. In Wirklichkeit ist das alles sehr schwer. Es reichen keine fünf Minuten, es reicht auch keine Minute Gedenken, was wir am Beginn gemacht haben, in Wirklichkeit, um all das, was jetzt nicht nur uns hier, sondern Tausenden in Graz durch den Kopf geht, es schwer macht überhaupt, sich auf das was im Alltag und unsere Sorgen auch hier betrifft sich zu konzentrieren und eigentlich das auch zu sehen. Wir wären keine Menschen, wenn uns das alles kalt lassen würde. Das ist logisch und deshalb ist der Appell vollkommen richtig. Das einzige wo ich persönlich meine nur, wo es aufgehoben ist, dass man keine zusätzliche Arbeitsgruppe einrichten muss, weil wir einen Beirat haben, und zwar nämlich den Menschenrechtsbeirat, die diesen Appell von uns hier ja gar nicht brauchen, sondern für sich auch vorgenommen haben auf der nächsten Sitzung, genau das, was Sie hier angesprochen haben, als einzigen Punkt zu nehmen um zu besprechen reicht das was wir bisher alles gemacht haben? Reichen die Veranstaltungen die wir an den Schulen machen, wo es Informationsveranstaltungen für unsere junge Bevölkerung auch gibt, was ja auch kontinuierlich vom Verein Granatapfel zum Beispiel gemacht wird. Ich habe da eine große Liste, ich erspare es Ihnen jetzt das alles aufzuzählen um nicht zu lange zu werden. Aber viel wichtiger ist

reicht das oder müssen wir auch noch nachschärfen oder Maßnahmen setzen an die wir jetzt vielleicht bisher nicht gedacht haben? Und der Ort, das zu überlegen und diese Maßnahmen zu setzen ist aus meiner Sicht der Menschenrechtsbeirat, ein guter Ort, wo nicht nur alle Vertreter:innen aller Parteien hier im Grazer Rathaus vertreten sind, sondern auch die NGO's, die Exekutive, Justiz und die Verwaltung. Und das halte ich für ganz, ganz wichtig dieses Zusammenspiel, um hier auch wirklich nichts zu übersehen und auch voneinander sozusagen auch die Erfahrungen einzubringen die jede Einrichtung mit sich bringt. Ich erspare es zu erwähnen, dass die Bewegung in der ich angehöre viele Juden und Jüdinnen waren, viele, nicht nur aufgrund ihrer politischen Gesinnung, sondern auch aufgrund genau ihrer Herkunft ihr Leben lassen mussten, und es für mich und meine Bewegung immer in der Vergangenheit und selbstverständlich auch in der Zukunft nicht nur ein Appell ist, sondern Auftrag ist inhaltlich, und insofern noch einmal ein Danke an Sie, dass Sie diese Frage gestellt haben, weil ich sie gerade angesichts der aktuellen Anlässe für absolut notwendig erachte.

**GR Mag. Pointner:**

Ich bin absolut bestürzt über diese Antwort, besonders, weil KPÖ, Grüne und SPÖ 2021 unserem Antrag noch zugestimmt haben. Ich bin wirklich überrascht über diesen Sinneswandel. Ich verzichte auf die Nachfrage. Ich möchte sehr gerne eine israelische Flagge überreichen. Ich weiß, dass Sie sie nicht aufhängen wollen, aber es wird ja vielleicht einmal eine Stadtregierung, eine neue geben, hoffentlich bald muss ich in diesem Zusammenhang leider sagen, die sich der historischen Verantwortung von uns Grazerinnen und Grazer bewusst ist. Heben Sie sie bitte gut auf.

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Keine Zusatzfrage. Da möchte ich nur noch einmal anmerken, warum Sie da jetzt so reagieren, wundert mich auch. Das zeigt eigentlich, dass Sie nicht hingehört haben.

Weil in Wirklichkeit, noch einmal, es ist nicht meine subjektive Verantwortung alleine Maßnahmen zu setzen. Ich wüsste sehr wohl wo man noch nachschöpfen müsste, aber ich finde, dass das Kollektiv des Menschenrechtsbeirates, wo Sie ja auch vertreten sind, genau diese Maßnahmen, wie wir hier noch mehr gegen Antisemitismus unternehmen können, vornehmen sollte.

***Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup> Kahr übernimmt den Vorsitz (12.35 Uhr).***

**6.3 Frage 3: Neue Endstation Wetzelsdorf  
(GR Ing. Lohr, ohne Klubzugehörigkeit an Vzbgm.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner, Grüne)**

GR Ing. **Lohr**:

Sehr geehrte Zuhörer, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister. Kommen wir in den Bezirk Eggenberg bzw. ist es ja noch Wetzelsdorf, Entschuldigung. Seit September ist die neue Endstation der Straßenbahnlinie 7 in Wetzelsdorf fertiggestellt. Nunmehr steigen die Fahrgäste der Tram in der Burenstraße ein und aus. Obwohl seit der Neugestaltung schon mehr als ein Monat vergangen ist, ebbt die Kritik vieler Anrainer und Fahrgäste nicht ab.

Im Wesentlichen geht es um zu wenig Platz für die wartenden Öffi-Benutzer, die in der Wartezeit in einer Einfahrtstraße stehen. Weiters sorgen Vibrationen und Lärm der Straßenbahnzüge für Unruhe in dieser Straße. Mehr als 50 PKW-Parkplätze sind weggefallen und auch die Zufahrt zum ansässigen Zahnarzt ist erschwert. Die Betroffenen erwarten sich eine Verbesserung der durch den Umbau eingetretenen Situation.

Es ergeht daher an Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, die

**Frage:**

Werden Sie sich für eine Adaptierung der Endstation Wetzelsdorf einsetzen?

***Originaltext der Frage:***

*Seit September ist die neue Endstation der Straßenbahnlinie 7 in Wetzelsdorf fertiggestellt. Nunmehr steigen die Fahrgäste der Tram in der Burenstraße ein und aus. Obwohl seit der Neugestaltung schon mehr als ein Monat vergangen ist, ebbt die Kritik vieler Anrainer und Fahrgäste nicht ab.*

*Im Wesentlichen geht es um zu wenig Platz für die wartenden Öffi-Benutzer, die in der Wartezeit eine Einfahrt blockieren. Weiters sorgen Vibrationen und Lärm der Straßenbahnzüge für Unruhe in der Straße. Mehr als 50 PKW-Parkplätze sind weggefallen und die Zufahrt zum ansässigen Zahnarzt ist erschwert. Die Betroffenen erwarten sich eine Verbesserung der durch den Umbau eingetretenen Situation. Es ergeht daher an Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, nachstehende*

***Anfrage***

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates  
der Landeshauptstadt Graz:*

*Werden Sie sich für eine Adaptierung der Endstation Wetzelsdorf einsetzen?*

Vzbgm.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner:**

Danke für die Frage. Die Veränderung vor Ort erzeugt tatsächlich Unruhe, mir ist das nicht unbekannt. Ich bekomme auch Feedback. Außerdem wohnen dort meine Eltern, da bin ich in der Nähe aufgewachsen und kenne die Situation sehr gut.

Ich bin dort immer, zumindest eine Station weiter, in die Straßenbahn eingestiegen.

Vielleicht noch einmal zum Anfang zurück. Das war kein Jux und Tollerei, ein Projekt

von mir, sondern die Holding war dringend genötigt Gleissanierungen fortzuführen. Im Zuge dieser Gleissanierungen hat die Holding auch beschlossen bzw. vorgeschlagen, eine Wendeschleife einzurichten um den Takt erhöhen zu können, nämlich damit man dort auch Straßenbahnen abstellen kann. Die Straßenbahnen, die künftig auch länger sein werden, wir bestellen ja jetzt sukzessive Straßenbahnen, die dort auch Platz haben und sozusagen die Sicherheit, die Multifunktionalität dieses Projektes auch gewährleistet ist. Deswegen haben wir zumindest versucht gleichzeitig mit diesem Holding-Projekt, also mit diesem Gleissanierungs- und Wendeschleifenprojekt, hier auch den Gemeinderatsbeschluss herbeizuführen in Bezug auf weitere Aspekte, nämlich die von Sicherheit, Aufenthaltsqualität und Multifunktionalität. Wir haben dort Verbesserungen erzielt für den Fuß- und Radverkehr, es wurden sehr viele Bäume neu gepflanzt, nämlich entlang der ganzen Straße und die Beleuchtung, die Beleuchtungsoffensive ist ja immer wieder auch da berechtigt ein Thema, ist dort verbessert worden und auf den neuesten Stand der Technik gebracht worden. Mit der Errichtung der Doppelwendeschleife kann nämlich jetzt 2-gleisig von jeder Richtung, also rein und raus, Straßenbahnen fahren, der Takt kann erhöht werden, was wichtig ist, und sie können eben, wenn irgendetwas passiert, dort zwischengeparkt werden. Wir haben so etwas sonst nicht in der Form. Und deswegen war das allein von der Betrieblichkeit her notwendig und auch nachvollziehbar. Daher ist die, jetzt mittlerweile, letzte Haltestelle in der Burenstraße, also ein bisschen vorversetzt. Jetzt ist es in der Burenstraße so gemacht worden, dass das benutzer:innenfreundlich ist, in entsprechender Entfernung wieder zur nächsten Haltestelle, deswegen hat sich quasi diese Verschiebung ergeben und ja diese Verschiebung sorgt für Irritation, aber daran, hoffe ich, dass sich alle gewöhnen werden. Wir mussten ja auch dafür sorgen, dass eine Druckkempel installiert wird, die wurde installiert, dass das Ganze ein barrierefreier Übergang ist, das wäre nicht mehr gewährleistet gewesen wäre das in der Wendeschleife und daher bei der Haltestelle. Jeder der dort war weiß, dass es eine sehr, sehr große Haltestelle ist, nämlich eine Doppelhaltestelle mit entsprechend viel Platz, auch dort Bäume und Schatten, und die Verkehrssicherheit musste ja auch gegeben sein, damit man das so einrichten kann. Also es war in dem Fall alternativlos.

In Bezug auf die von Ihnen erwähnte Zufahrt im Hausnummer 80 ist, zumindest was mir zugetragen wird von der Holding, keine wirkliche Beeinträchtigung gegeben, weil die Straßenbahn dort Ausstiegshaltestelle ist und es sich um einige Sekunden handelt wo die Leute aussteigen und dann auch weiter weggehen. Somit ist es da sozusagen auch wirklich keine Irritation oder irgendwie eine Einfahrtsbehinderung gegeben. Was den Lärm anbelangt, den Sie erwähnt haben, den kenne ich, habe ich auch gehört und mich gewundert warum das jetzt so laut ist, aber das ist immer so, wenn Gleise neu in Betrieb genommen werden, das hat man in der Theodor-Körner-Straße genauso. Da gab es auch Aufregung am Anfang. Neu gelegte Gleise brauchen mal eine Zeit bis die Schmieranlagen funktionieren, feinjustiert wurde. Da gibt es am Anfang eine höhere Geräuschentwicklung durch dieses Abrollgeräusch der Straßenbahnen, das wird sich normalisieren. Es sind aufwendige Maßnahmen gesetzt worden zur Erschütterungs- und Lärmdämmung vor Ort. Es werden Vor- und Nachmessungen betrieben. Es wird jetzt in den kommenden Wochen noch weitere Gleispflege passieren, es wird nachgeschmiert wie gesagt und es wird sozusagen in Bezug auf die Lärmdämmung nachjustiert und dann sollte das eigentlich beseitigt sein und genauso wie früher keine Lärmbelästigung mehr erzeugen.

GR Ing. **Lohr**:

Danke einmal für die ausführliche Beantwortung. Das gibt auch immer Gelegenheit, dass man dann den Anrainern dort ein paar Infos auch direkt zukommen lässt, dafür einmal ein Dankeschön. Andererseits wundert es mich natürlich, wenn Sie beschreiben Sie kennen die Situation sehr gut, weil Sie dort aufgewachsen und zu Besuch sind. Meiner Meinung nach wissen dann Anrainer und Angrenzende oft besser die örtlichen Gegebenheiten. Da haben Sie sich scheinbar ein bisschen zu wenig eingebracht, weil es hat ja viel Kritik im Vorfeld gegeben, auch vor dem Gemeinderatsbeschluss, der ist ja nur mehrheitlich gefasst, also es hat diese kritischen Stimmen gegeben. Positiv puncto Lärm bitte dranbleiben, ja, dass wir da eine Verbesserung schaffen. Und ich habe schon erwähnt, eben angrenzende Unternehmer, Anrainer wissen die örtliche

Situation oft besser. Die Zusatzfrage: Werden Sie bei Planungen von künftigen Schienenbaustellen dafür sorgen, dass die unmittelbaren Anrainer im Vorfeld besser eingebunden werden und wie wollen Sie das sicherstellen?

Vzbgm.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner:**

Also seitdem ich für die Bereiche zuständig bin, werden Anrainer:innen, Einwohner:innen, entsprechende Unternehmer, Unternehmerinnen immer eingebunden. Es gibt immer einen Bürger:innenbeteiligungsprozess. Das passiert laufend, passierte auch dort. Es haben viele nicht die Information, das kann immer sein, dort wohnen wirklich sehr viele Menschen in dem Einzugsgebiet, dort sind auch Siedlungen. Es gibt die Antworten auch über die Holding, also die Holding beantwortet das ähnlich wie ich jetzt die Frage. Es ist erklärbar und nachvollziehbar warum es zu dieser Veränderung gekommen ist. Und ja, für manche ist die Haltestelle jetzt ein paar Meter weiter weg, für manche ist sie dadurch auch näher. Ich hoffe es werden sich alle daran gewöhnen, es wird keinen Lärm mehr geben, und alle werden mit einem verstärkten höheren Takt in die Stadt fahren., weil ist ja das Ziel des Ganzen.

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

Ich habe soeben die Information bekommen, dass Frau Gemeinderätin Hopper um 14.00 Uhr kommen wird.

#### **6.4 Frage 4: Unterstützung für Kinder mit Diabetes in Kinderkrippen und -gärten (GR<sup>in</sup> Heinrichs, KPÖ an StR Hohensinner, ÖVP)**

GR<sup>in</sup> **Heinrichs:**

Sehr geehrter Herr Stadtrat Hohensinner, lieber Kurt. Mir geht es heute wieder einmal um die Unterstützung für Kinder mit Diabetes in Kinderkrippen und Kindergärten. Am Donnerstag, dem 11. April 2019, brachte ich einen dringlichen Antrag mit dem Titel „Diabetes-Nanny für Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen“ ein. Aus dem Motivenbericht geht hervor, dass ca. 200.000 Kinder in Österreich von chronischen Erkrankungen betroffen sind. Zwar gibt es Möglichkeiten einer professionellen Kinderkrankenpflegehilfe, diese ist aber mit erheblichen Kosten verbunden.

Mit der Reform der Schulasistenz hat das Land Steiermark mit Schulbeginn 2023 die Rahmenbedingungen dahingehend verbessert, dass Kinder mit medizinischen Bedürfnissen, wie etwa Diabetes, von einer Schulasistenz in der Schule unterstützt werden können. In Kinderkrippen und -gärten gibt es hier aber nach wie vor Schwierigkeiten. Das liegt, sehr verkürzt gesagt, einerseits an den knappen personellen Ressourcen, steht aber auch im Zusammenhang mit der hohen Verantwortung und der ungeklärten Haftungsfrage, etwa bei der Verabreichung von Medikamenten. Für Lehrer und Lehrerinnen übernimmt, im Gegensatz zu Krippen und Kindergärten, seit 2017 der Bund die Haftung. Aus den genannten Gegebenheiten sind berufstätige Eltern, und ich denke wir hatten beide Kontakt mit dem besorgten Vater eines 4-jährigen Mädchens, natürlich in großer Sorge, wenn sie ihr an Diabetes erkranktes Kind, wie auch in diesem Fall, einer Kinderkrippe oder einem Kindergarten überantworten müssen.

Und daher stelle ich seitens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

**Frage:**

Welche Möglichkeiten der Unterstützung für an Diabetes erkrankten Kinder in Grazer Kinderkrippen und -gärten gibt es?

***Originaltext der Frage:***

*Am Donnerstag, den 11. April 2019, brachte ich einen Dringlichen Antrag mit dem Titel „Diabetes-Nanny für Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen“ ein. Aus dem*

*Motivenbericht geht hervor, dass ca. 200.000 Kinder in Österreich von chronischen Erkrankungen betroffen sind. Zwar gibt es Möglichkeiten einer professionellen Kinderkrankenpflegehilfe, diese ist aber mit erheblichen Kosten verbunden.*

*Mit der Reform der Schulassistenz hat das Land Steiermark mit Schulbeginn 2023 die Rahmenbedingungen dahingehend verbessert, dass Kinder mit medizinischen Bedürfnissen, wie etwa Diabetes, von einer Schulassistenz in der Schule unterstützt werden können.*

*In Kinderkrippen und -gärten gibt es hier aber nach wie vor Schwierigkeiten. Das liegt, verkürzt gesagt, einerseits an den knappen personellen Ressourcen, steht aber auch im Zusammenhang mit der hohen Verantwortung und der ungeklärten Haftungsfrage etwa bei der Verabreichung von Medikamenten. Für Lehrer:innen übernimmt, im Gegensatz zu Krippen und Kindergärten, seit 2017 der Bund die Haftung.*

*Aus den genannten Gegebenheiten sind berufstätige Eltern natürlich in großer Sorge, wenn sie ihr an Diabetes erkranktes Kind einer Kinderkrippe oder einem Kindergarten überantworten müssen.*

*Ich stelle seitens des KPÖ-Gemeinderatsklubs die*

**Frage:**

*Welche Möglichkeiten der Unterstützung für an Diabetes erkrankten Kinder in Grazer Kinderkrippen und -gärten gibt es?*

**StR Hohensinner:**

Liebe Frau Gemeinderätin. Dieses Anliegen ist auch mir ein ganz großes Anliegen und du hast richtig gesagt, dass ich selbst auch mit dem Vater Kontakt hatte und ich habe jetzt noch einmal aufgrund deiner Frage erhoben welche Unterstützungen es für Einrichtungen gibt. Es gibt Unterstützungen bei den städtischen aber auch bei den privaten Einrichtungen. Es ist so, dass eine betroffene Einrichtung die Unterstützung,

die Einschulungsunterstützung, beantragen kann, entweder direkt von der Klinik oder von MOKI, von der mobilen Kinderkrankenpflege Steiermark. Die Einschulung findet vor Ort statt, also bei den städtischen Einrichtungen ist das ganz gut abgedeckt. Ich habe mich auch bei den Privaten erkundigt, auch für die Privaten steht genau diese Unterstützung bereit, aber ich werde in die Steuerungsgruppe der privaten Einrichtungen das jetzt noch einmal mitnehmen, dass die dann auch wissen, dass es ein solches Angebot gibt. Oft weiß das vielleicht eine Einrichtung nicht, ich glaube das war auch bei dem Vater der Fall, dass er sich diese Unterstützung dann organisieren musste und so sollte es nicht ablaufen. Deswegen werde ich das noch einmal mitnehmen und versuchen, dass wirklich alle Anbieter über diese Unterstützung Bescheid wissen.

**GR<sup>in</sup> Heinrichs:**

Nur ganz kurz. Vielen Dank lieber Kurt für diese sehr positive Beantwortung, nämlich, dass es weitergeht in der Hinsicht. Es bedeutet ja auch letztlich eine Aufwertung dieses Pflegeberufes. Viel kann man momentan nicht machen, aber jedes Ding das passiert ist eine wichtige Sache. Der Herr Papa, wir reden vom gleichen Herrn, ich habe ihm ja auch gesagt wie es immer gewünscht ist, dass es im Vorfeld bitte ein Gespräch mit ABI bzw. dem zuständigen Stadtrat geben muss, das ist erfolgt, das ist wunderbar. Die Aussichten sind nicht schlecht. Meine kurze Zusatzfrage: Ist es darüber hinaus angedacht, dass man auch mit dem Land, in dem Fall mit dem Herrn Kollegen Amon, weiterverhandelt bezüglich Diabetes-Nanny, damit diese starken Sorgen, die die Eltern haben, die ja zunächst nicht wissen wohin sie sich wenden müssen, damit es in Zukunft also ein sehr klares Angebot wird.

**StR Hohensinner:**

Wie du weißt Frau Gemeinderätin, ich bin einer der die Verantwortung übernimmt und schaut ob es da mit dem Land Steiermark Verbesserungen gibt. Aber ich möchte schon

drauf hinweisen, du hast nur vom Motivenbericht von 2019 gesprochen und der Robert Krotzer geht gerade raus, ich weiß nicht ob du bei den Recherchen festgestellt hast, dass bei dem dringlichen Antrag der Robert Krotzer als Gesundheitsstadtrat damals beauftragt wurde mit dem Land Steiermark ein besseres Unterstützungsnetzwerk auszuverhandeln und sicherzustellen. Da würde ich einfach bitten, dass du im Anschluss noch mit dem Parteikollegen darüber redest. Wenn es darüber hinaus eine Unterstützung meinerseits braucht mache ich das gerne.

**6.5 Frage 5: Tennenmälzerei  
(GR<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Unger, ÖVP an Vzbgm.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner, Grüne)**

GR<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> **Unger**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Frau Vizebürgermeisterin. Ich beschäftige mich mit der Tennenmälzerei. Ein Thema, das in Graz seit vielen Jahren sehr viele Menschen beschäftigt, einerseits ein historisches Gebäude, auf der anderen Seite, weil ja natürlich auch die Zukunft des Gebäudes in den neu errichteten und neu zu errichtenden Stadtteil ein großes Anliegen ist. Es gab in den letzten Jahren dazu viele Initiativen und auch konkrete Vorschläge, unter anderem einen sehr konkreten Vorschlag von Herrn Kulturstadtrat Riegler, der in Zusammenarbeit auch mit dem Kulturamt und anderen Stakeholdern eine sehr konkrete Nutzbarkeit, die auch viel Anklang gefunden hätte, vorgestellt hat. Mit der Wahl und der veränderten Zuständigkeit haben sich dann auch hier die Verhältnisse etwas geändert und seit 2021 hast du ja mit Verweis auf deine Zuständigkeit auch für die Stadtentwicklung und damit auch für die Stadtbaudirektion das Projekt einigermaßen auch an dich gezogen, was dein gutes Recht ist natürlich, und die Pläne, die bis dato am Tisch lagen sind jetzt quasi nicht weiterbearbeitet worden. Ein großer Vorschlag und mit Wichtigkeit vorangetriebenes Anliegen war, auch eine Empfehlung, dass man möglichst rasch, sobald die Siedlungen dort bezogen werden,

die Tennenmälzerei quasi auch mit einer Nutzung ausstattet, damit erstens einmal das als ein wichtiger Teil der Wohnumgebung wahrgenommen wird und nicht im Nachhinein vielleicht mit Schwierigkeiten implementiert werden muss. Da war auch schon der Hinweis, dass das eben ein kulturgenuztes Begegnungszentrum sein soll und ein wichtiger Punkt damit war der verbundene Bürger:innenbeteiligungsprozess, der eben stattfinden sollte. Du hast dann am 28. April einen entsprechenden Antrag gestellt und auch genehmigt bekommen für die Durchführung der Projektentwicklung zur Erlangung der Planungsgrundlagen des denkmalgeschützten Gebäudes, Ausarbeitung eines detaillierten Nutzungskonzeptes und unter Einbindung der Bürgerinnen und Bürger als Basis. Dafür ist Zustimmung erlangt worden, auch mit einer großen finanziellen Ausstattung und letzte Woche hat dann ein Termin stattgefunden wo uns die Ausführungen der Stadtbaudirektion von der Frau Diplomingenieurin Frisch vorgetragen worden sind. Es haben ja Immobilienabteilung, Stadtbaudirektion, ich darf mich bei allen die daran beteiligt waren sehr herzlich bedanken, entsprechende Vorplanungen vorgenommen. Zugleich wurde darauf verwiesen, dass die Nutzung, die kulturelle Nutzung, jetzt eiligst vorangetrieben werden muss. Der Zeitplan dazu ist eng. Es gab auch den Verweis, dass es dafür eigentlich kein Geld geben könnte und wir stehen jetzt eigentlich vor einer Situation die ausgesprochen schwierig ist. Eigentlich wissen wir sehr Vieles noch gar nicht, obwohl das ja schnell umgesetzt werden soll. Deswegen darf ich die Frage stellen. Nachdem für die Nutzung der Tennenmälzerei ein Bürgerbeteiligungsprozess angekündigt und dafür Mittel über den Stadtsenat urgiert wurden, stellt sich die

**Frage:**

Ist dieser Prozess gemäß den Vorgaben der Stadt Graz und den Angaben im Stadtsenatsstück vom April 2022 durchgeführt worden?

**Originaltext der Frage:**

*Nachdem Sie für die Nutzung der Tennenmälzerei einen BürgerInnenbeteiligungsprozess angekündigt und dafür Mittel über den Stadtsenat urgieren und erhalten haben, stellt sich die*

*Frage:*

*„Ist dieser BürgerInnenbeteiligungsprozess gemäß den Vorgaben der Stadt Graz und den Angaben im Stadtsenatsstück vom April 2022 bislang durchgeführt worden?“*

Vzbgm.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner:**

Vielen Dank für diese Frage. Einiges, liebe Claudia, hast du jetzt schon ausgeführt, einiges würde ich vielleicht auch noch ergänzen bzw. vielleicht auch ein bisschen berichtigen. Ja, wir sind letzte Woche zusammengesessen und es war von mir eingeladen, weil tatsächlich ist es so gewesen, seit der Wahl bin ich für die Planungsagenden und für die Stadtbaudirektion und deren Abteilungen fast zur Gänze zuständig und daher fällt jetzt der Umbau oder die Umgestaltung des gemeinsamen Gemeinderatsbeschlusses des Ankaufs der Tennenmälzerei in meine politische Verantwortung. Also an mich gerissen habe ich gar nichts, sondern das ist einfach mir zugefallen in Bezug auf die Zuständigkeit, ich übernehme die Verantwortung aber sehr gerne, weil ich, genau wie du es ausgeführt hast, die Tennenmälzerei wirklich ein Herzstück ist, ein historisches Juwel inmitten von Reininghaus, und wir alle wollen, dass dieses Juwel weiterlebt, am Leben gehalten wird und auch entsprechend bespielt. Viele Fragen sind bei dem gemeinsamen Termin, der eigentlich ein Zwischentermin war, um einmal alle die trotzdem dafür zuständig sind, weil das ist durchaus komplex, es ist die Immobilienabteilung da gewesen, es war das Kulturamt eingeladen, deswegen auch der Herr Kulturstadtrat, du warst dabei, es waren viele Fragen beantwortet durch die planende Frau Diplomingenieur Frisch, wie du schon erwähnt hast, und es sind natürlich noch viele Fragen offen, weil was wir jetzt vorgestellt haben

war vor allem das Zwischennutzungskonzept und die Möglichkeiten die wir jetzt kennen aus der Machbarkeit der Stadtbaudirektion. Schwierig ist vor allem eines geworden, unser Budget. Und schwierig sind vor allem die Kosten die damit einhergehen das jetzt sofort umzubauen, weil wir wissen, dass durch die Pandemie die Baukosten enorm in die Höhe gehen und wir uns es jetzt schlichtweg nicht leisten können, wir reden da von ungefähr 20 Millionen notwendigem Geld um wirklich einen Umbau voranzutreiben. Und wir wissen auch, dass die budgetäre Situation der Stadt Graz es derzeit nicht zulässt. Daher bin ich sehr froh, dass die Frau Diplomingenieur, aber gemeinsam auch mit Bertram Werle, dieses Zwischennutzungskonzept dargelegt hat, was nämlich möglich ist, jetzt schnell was zu tun damit man kostenschonend dieses Gebäude nutzen kann. Du hast schon erwähnt, die Bewohnerinnen und Bewohner ziehen ein in der Nachbarschaft, unmittelbar in den Greentower, und genau diese Frage hättest du auch gerne bei dem gemeinsamen Termin stellen können, ich hätte sie auch dort beantwortet, aber ich bin froh, dass ich das auch hier ausführen kann. Wir haben nämlich versucht oder die Frau Frisch hat versucht mit möglichst geringen Eingriffen, vor allem in die historische Bausubstanz, zu gewährleisten, dass wir immerhin trotz der fragilen Lage auf zwei Stockwerken das Gebäude bespielen können. Einerseits durch das Stadtteilmanagement und schon allein dadurch ist die Bürger:innenbeteiligung gegeben, die aller Anwohnerinnen und Anwohner, aber auch mit dem Angebot das gemeinsam mit dem Kulturstadtrat und dem Kulturamt zu machen. Wir haben auch schon einen Termin vereinbart, einen Folgetermin, nämlich weiter darüber zu reden wie das von Statten gehen kann. So schaut für Zusammenarbeit aus und auch ein Zwischenprozess, wo wir mal schauen wo stehen wir? Wir haben sogar versucht es so gut zu nutzen, dass wir mit dem Baukarussell aus der Vorklinik sehr viel rüber retten konnten in die Tennenmälzerei, das finde ich zusätzlich schön, weil das eine Geschichte von Graz, von einem Geschichtsort in den anderen bringt. Und der genannte Beteiligungsprozess musste natürlich jetzt hintangestellt werden, weil wir ein völlig anderes Nutzungsprojekt jetzt auf dem Tisch haben. Die Zwischennutzung allerdings gibt uns gerade die Möglichkeit das jetzt gut aufzusetzen, wir sind dabei. Wir können Erfahrungen sammeln wie das Gebäude

angenommen wird. Und ich bin da sehr zuversichtlich, dass da viel kommt, weil Viele in der Kulturszene höchstes Interesse haben den Ort zu nutzen, aber auch Anwohner:innen. Es kommt viel aus dem Stadtteil selbst. Und daher ist das Nächste was wir machen genau diesen Beteiligungsprozess voranzutreiben.

GR<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> **Unger**:

Das war eigentlich der Kern meiner Frage, dieser Beteiligungsprozess, weil der ist doch im April 2022 genehmigt worden und mit 177.000 Euro, wenn ich das Stück richtig gelesen habe, ausgestattet worden. Es steht überhaupt außer Zweifel, dass die zuständigen Abteilungen mit sehr guten Vorschlägen und einer großartigen Vorarbeit hier aufgetreten sind, das war nicht Thema meiner Frage. Sondern wir haben in der Stadt Graz für Bürgerbeteiligungsprozesse einen entsprechenden Leitfaden und natürlich auch, wenn Mittel in dieser Höhe freigegeben werden, eine Verantwortung und auch die Möglichkeit nachzufragen was damit passiert ist. Ich bin bis jetzt davon ausgegangen, dass innerhalb der letzten 1 ½ Jahre dieses Geld bereits für diesen Prozess aufgewendet worden ist. Wenn ich es richtig verstanden habe hat das noch nicht stattgefunden. Meine Frage ist: Wofür wurden bisher finanzielle Mittel aus diesem Topf aufgewendet und wie wird es in Zukunft ausschauen mit dem Prozess?

Vzbgm.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner**:

Also insofern war es doch wichtig diesen Aufriss jetzt zu machen, weil es muss schon nachvollziehbar sein was ist bisher passiert und es ist sehr viel passiert. Nämlich genau das, was die Frau Frisch uns vorgestellt hat, ein Zwischennutzungskonzept aufgrund der veränderten Verhältnisse die wir haben was das Budget anbelangt und der Kosten dieses Gebäudes und wir wollen es ja nutzen. Teile davon haben begonnen, wir nutzen die Kapazitäten die wir haben in der Stadt was jetzt die Objekte aus der Vorklinik anbelangt. Das Beteiligungsprojekt an sich erfolgt jetzt sukzessive, wenn wir wissen und uns gemeinsam einigen, dafür war der gemeinsame Termin ja da, wie wir weiter

vorgehen, dann können wir auch, mit dem Stadtteilmanagement vor Ort, dieses partizipative Potential zur Zwischennutzung heben und gerne gebe ich dann weiter Auskunft wie der weitere Verlauf passiert bzw. haben wir den nächsten Termin, wo wir das wieder gemeinsam besprechen können. Wie gesagt es war ein Termin um die Ergebnisse die da sind in die Gruppe zu bringen, weil es ja viele Zuständigkeiten sind, und da arbeiten wir weiter im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten.

**6.6 Frage 6: Umgang mit Veranstalter:innen im öffentlichen Raum  
(GR Dr. Hackenberger, Grüne an StR Dr. Riegler, ÖVP)**

GR Dr. **Hackenberger**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer. Ich musste schon in der Vergangenheit mehrmals auf dieses Thema zurückkommen, nämlich, dass sich von wesentlichen Organisationen, die im öffentlichen Raum Veranstaltungen anbieten und durchführen, immer wieder Mängel im Genehmigungsverfahren und in der Abwicklung von Veranstaltungen im öffentlichen Raum angesprochen wurde. Die Veranstalter, wenn man es insgesamt betrachtet, fühlen sich eher abgewehrt als unterstützt in ihren Bemühungen, ihre Musikereignisse oder sonstige Veranstaltungen abzuhalten. Zusätzlich zu den Dingen, die ich schon in der Vergangenheit angesprochen habe, ist es in der abgelaufenen Saison auch öfters vorgekommen, dass die Behörde lange nach den Antragstellungen und relativ kurz vor den Terminen für die Veranstaltungen die Örtlichkeiten geändert hat, also vorgeschrieben hat, dass nicht an den beantragten Orten, sondern an anderen Orten die Veranstaltungen abgehalten werden müssen. Dazu kamen sehr, sehr detaillierte Vorschreibungen für die Möblierung, Vorhaben für die zu erstellenden Pläne wie beispielsweise das Verlangen bis zum letzten Sitzmöbel alles örtlich genau darzustellen, was schon eher an den guten alten Amtsschimmel als an eine moderne Verwaltung erinnert. Meine bisherigen Vorstöße haben offensichtlich keine

Verbesserung bewirkt und es ist zu vermuten, dass die vorhandenen Probleme etwas mit einer mangelnden oder nicht gut gemanagten Kommunikation zu tun haben, sodass es mir sinnvoll erschiene, wenn man sich zusammensetzt, alle die an diesen Dingen beteiligt sind, also die Verwaltung, Sie als zuständiger Stadtrat und die Veranstalter:innen und versucht zu klären wo der Schuh drückt, was man in dieser Sache besser machen kann. Das könnte auch für die Verwaltung den Vorteil haben, dass sie sich einmal durch einen entsprechenden Input der Veranstalter, die ja Profis sind, deren Sichtweise sich zu eigen machen kann und entsprechend darauf reagieren könnte.

**Originaltext der Frage:**

*Bereits in der Vergangenheit trat ich mehrfach an Sie heran, weil ich von Organisationen, welche wichtige Musik- und Kulturveranstaltungen im öffentlichen Raum unserer Stadt bestreiten, auf Mängel in den Genehmigungsverfahren und bei der behördlichen Abwicklung angesprochen wurde. Seitens vieler Organisationen und Kulturschaffenden wird unser Veranstaltungsreferat als wenig unterstützend erlebt. So kam es, abgesehen von den bereits bisher bekannten Problemen, neuerdings lange Zeit nach den Antragstellungen zu kurzfristigen, von der Behörde vorgeschriebenen Änderungen der Veranstaltungsorte. Auch die Vorgaben hinsichtlich der zu erstellenden Pläne (z.B. genaue Darstellung jeder einzelnen Sitzgelegenheit) stellen für Veranstalter:innen einen großen Aufwand dar, deren Notwendigkeit für eine ordnungsgemäße Vorbereitung und Abwicklung einer Veranstaltung sich nur schwer erschließt.*

*Nachdem die bisherigen Vorstöße bis zum heutigen Tag keine Verbesserung bewirkt haben und die beobachteten Probleme und Erschwernisse möglicherweise auf mangelnde oder unzureichende Kommunikation zurückzuführen sind, wäre es wohl zielführend, im direkten Gespräch mit den betroffenen Veranstalter:innen die auftretenden Probleme und vor allem eine künftig einfachere und transparentere Abwicklung zu besprechen.*

*Ich stelle daher nachstehende*

**Frage:**

*Stehen Sie für einen Besprechungstermin mit Initiativen und Organisator:innen von Kultur- und Musikveranstaltungen im öffentlichen Raum unter Einbeziehung des Veranstaltungsreferates zur Verfügung, mit dem Ziel, künftig eine friktionsfreiere Planung und einen ebensolchen Ablauf der Veranstaltungen im Sinne aller Beteiligten zu ermöglichen?*

**StR Dr. Riegler:**

Lieber Herr Doktor Hackenberger. Es ist für mich irgendwie interessant, dass Sie fast jede Sitzung mit demselben Thema kommen und sich dann auf irgendwelche wesentlichen Organisationen berufen, die sich bei mir aber bisher nicht gemeldet haben und ich habe eigentlich ständig mit wesentlichen Organisationen im Kultur- und Veranstaltungsbereich zu tun. Vielleicht einmal grundsätzlich. Ich verstehe ihre Initiative nicht ganz, die Fragestunde für so ein Anliegen zu nützen, denn die Fragestunde ist meiner Einschätzung nach ja dafür da, dass man politische Handlungsmöglichkeiten beleuchtet. Was wir hier vorliegen haben ist einmal eine reine behördliche Verfahrensangelegenheit, die eigentlich ohne wesentliches Mitwirken der politisch Verantwortlichen geschieht. Ich darf Ihnen hier die entsprechende Verordnung zum Steiermärkischen Veranstaltungsgesetz in die Kamera zeigen. Diese Verordnung regelt eben was alles von Seiten der Behörde zu überprüfen ist bevor eine Veranstaltung stattfinden kann. Und diese Regelungen zielen zunächst einmal ganz, ganz deutlich auf Sicherheit ab. Auf Sicherheit, dass niemandem etwas passieren möge. Also es wird da geregelt die Barrierefreiheit, es wird geregelt der Brandschutz, es wird geregelt der Ordnerdienst, es werden geregelt Sanitätsdienste, übrigens auch der öffentliche Verkehr, dass genügend öffentliche Verkehrsmittel hin-

und zurückführen, etwas, was ja gerade ihrer Fraktion immer wieder ein besonderes Anliegen zu sein scheint, Grundsätze der Abfallbewirtschaftung, Verwendung von Mehrwegsystemen, Abfallsammeleinrichtungen. Ich könnte da jetzt lange weiterlesen, allein diese Verordnung hat 54 Paragraphen lieber geschätzter Herr Dr. Hackenberger, und Sie als Jurist müssten daher wissen, wenn der Gesetzgeber oder der Verordnungsgeber ein Gesetz oder eine Verordnung schreibt und in dem Paragraphen verankert was da nicht alles zu beachten ist, dann gibt es dafür eine Behörde, die übrigens nicht von Ihnen beschimpft werden muss als Amtsschimmel, deren Aufgabe es ist genau die Einhaltung dieser Formvorschriften zu überprüfen. Daher möchte ich Ihnen ganz klar und deutlich sagen, gerne mögen sich alle jene Organisationen zunächst einmal an die Bau- und Anlagenbehörde wenden, die dafür zuständig ist, dass sie genau diese gesetzlichen und verordnungsmäßigen Richtlinien einhält und gerne ja, selbstverständlich gerne, treffe ich mich mit denen, wenn sie sich bitte bei mir melden mögen. Jeden Tag, Montag bis Sonntag, bin ich am Handy erreichbar unter den Nummern die im Internet hinterlegt sind und ich setze mich gerne jederzeit auch, mit Ihrer Mithilfe, gemeinsam damit zusammen.

**GR Dr. Hackenberger:**

Dankeschön. Also was ich jetzt erlebt habe, subjektiv, ist eine für mich seltsame Art von Problemmanagement, in dem man einfach dem anderen sagt jetzt hast du das schon zum fünften Mal gemacht, jetzt hör doch endlich auf und ich habe eigentlich keine Lust auf das Thema einzusteigen was hier im Raum steht, was ich Ihnen gerade hingereicht habe. Das muss man zur Kenntnis nehmen.

Natürlich gibt es eine Behörde, aber es gibt das Problem, das können Sie nicht wegdiskutieren, auch wenn sich bei Ihnen persönlich niemand gemeldet hat, und wenn Sie sich in Ihrer Antwort zu 90 Prozent auf irgendwelche Formalitäten zurückziehen, werden wir natürlich in der Sache leider Gottes nicht weiterkommen. Aber ich werde trotzdem dieses Miniangebot zum Anlass nehmen zu versuchen irgendeinen Runden Tisch zu organisieren. Dankeschön.

**6.7 Frage 7: Maßnahmen bei Akkubränden  
(GR Mag. Winter, KFG an StR Eber, KPÖ)**

GR Mag. **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werter Stadtregierung, werter Herr Stadtrat. Die Frage geht an Sie bezüglich Maßnahmen hinsichtlich Akkubränden. Wir alle wissen die Automobilwirtschaft insgesamt und dazu zählen auch die Autohändler, sind in einem Umbruch, sind aber auch in einer Krisenphase. Und wir haben in den letzten Tagen und Wochen vermehrt Gespräche auch mit Autohändlern gesucht, die natürlich auch das Thema Elektromobilität bzw. Hybridfahrzeuge immer mehr auf den Schirm haben müssen. Elektrofahrzeuge insgesamt bzw. der Akku von Elektrofahrzeugen stellt auch leider Gottes bis zu einem gewissen Grad ein Sicherheitsrisiko dar, denn wenn solche Akkus brennen dann brennen sie wirklich und dann brennen sie langfristig und sind nicht so leicht zu löschen. Technisch betrachtet, wir haben uns da informiert, gibt es im Prinzip zwei Möglichkeiten wie man Elektroautos, wie man Akkus löscht. Einerseits mit so einer sogenannten Löschlanze, wo im Prinzip direkt das Löschwasser bzw. Löschmittel auf den Akku gezielt raufgesprüht wird. Die andere Variante ist, dass man, im Prinzip wie große Wannen, Spezialcontainer organisiert, wo diese Fahrzeuge hineinkommen und die man dann im Endeffekt flutet und die man über längere Zeit hin, nämlich über 2, 3, 4 Tage fluten muss um wirklich den Brand von so einem Akku dann auch sicher und endgültig zu löschen. Die Kosten für solche Container müssen gegenwärtig die Autohändler übernehmen, weil wir auch jetzt in der Situation sind, dass langsam aber sicher nicht nur mehr Neufahrzeuge wieder zum Händler retour kommen, sondern eben auch Unfallfahrzeuge. Und wenn ein mechanischer Input im Rahmen eines Unfalls auf so einen Akku einwirkt, dann kann es bis zu 48 Stunden später immer noch zu so einem Akkubrand kommen. Wir wissen, die Stadt Graz ist genauso auf den Zug aufgesprungen Richtung Elektromobilität, sprich es gibt Elektrohybridbusse von der Holding mittlerweile und es gibt natürlich auch die Tim-Flotte, die elektrisch betrieben wird und infolgedessen ist dieses Sicherheitsrisiko, dieses Sicherheitsthema, im Zusammenhang

mit Akkubränden mit Sicherheit etwas was man nicht so wegwischen kann. Daher die konkrete

### **Frage**

an Sie, die Ihnen auch vorliegt: Welche Maßnahmen und Sicherheitspläne hat die Stadt, vor allem die Abteilung für Feuerwehr- und Katastrophenschutz, um die Gefahr bei Bränden von im Eigentum der Stadt Graz oder einer Beteiligung stehenden Elektro- und Hybridfahrzeuge möglichst gering und fern von bewohnten und bewirtschafteten Gebieten zu halten?

#### **Originaltext der Frage:**

*Nach Gesprächen mit mehreren Personen aus der Automobilwirtschaft wurde uns bekannt, dass es zum Beispiel im Autohandel Aufgabe der Händler ist oder sein wird, bei Bränden oder Brandgefahr von Elektro- und oder Hybridfahrzeugen für eine sichere Aufbewahrung der brennenden Fahrzeuge in dafür vorgesehenen Containern zu sorgen. Die Kosten hierfür sind jedoch je Anbieter teils enorm.*

*Da das Löschen mit Lanzen, bei denen das Löschwasser direkt auf die Akkus aufgebracht werden kann, nicht immer möglich ist, werden die Fahrzeuge in speziellen Containern untergebracht und anschließend geflutet, um darin bis zu drei Tage zu brennen. Dies wohlbemerkt teilweise innerhalb dicht bewohnter Gebiete, da die Aufstellung der Container bei den Händlern stattfinden soll. Weitere Löschmethoden wie zum Beispiel Löschdecken sind vorerst nur zur Verzögerung geeignet.*

*Da sich die Automobilwirtschaft mehr denn je im Wandel befindet, kann nicht ausgeschlossen werden, dass Händler, auch durch EU Regularien befeuert, zukünftig gänzlich auf Elektromobilität umsteigen müssen. Auch wenn die Gefahr bei Neuwägen gering erscheint, lebt der Handel auch von Service und Reparaturen von Kundenfahrzeuge. Da vor allem bei Unfallfahrzeugen ein Schaden am Akku nicht immer ausgeschlossen werden kann, wird es in Zukunft für Autohändler wohl nahezu unmöglich*

*sein, schnell geeignete Aufstellungsorte für das kontrollierte Ausbrennen oder das Aufbewahren bei Gefahr im Verzug zur Überwachung (bei stärkerer mechanischer Einwirkung auf den Akku für bis zu 48 Stunden notwendig) der Fahrzeuge bereitzustellen. Es wäre eine einheitliche Lösung auf Stadtebene oder zumindest mit städtischer Beteiligung bzw. Vorbildfunktion wünschenswert, da nicht zuletzt die Holding Graz Elektrohybridbusse mit einer um ein Vielfaches größeren Batteriekapazität betreibt. Auch Fahrzeuge der Tim Flotte sowie zukünftige rein elektrisch betriebene Elektrobusse erfordern zumindest einen Notfallplan.*

*Aus sicherheitstechnischer Sicht, stellt sich also die Frage, analog den Vorgaben für den Autohandel, an welchen Orten ein sicheres „Ausbrennen“ der Busse sowie Tim Elektrofahrzeuge möglich bzw. vorgesehen ist.*

*Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachstehende*

### **Anfrage**

*gem. § 16a der GO des Gemeinderates  
der Landeshauptstadt Graz:*

*Welche Maßnahmen und Sicherheitspläne hat die Stadt (vor allem die Abteilung für Feuerwehr- und Katastrophenschutz), um die Gefahr bei Bränden von im Eigentum der Stadt oder einer Beteiligung stehenden Elektro -oder Hybridfahrzeuge möglichst gering und fern von bewohnten- und bewirtschafteten Gebieten zu halten?*

**StR Eber:**

Lieber Herr Gemeinderat. Danke für diese Frage. Es gibt ja in den letzten Monaten und Jahren eigentlich schon fast immer wieder viele Berichte und auch Gerüchte über Brände von Elektrofahrzeugen unterschiedlichster Bauart, und von daher bin ich auch froh, dass unsere Grazer Berufsfeuerwehr mir da eine Antwort ausgearbeitet hat, weil sie sich das sehr genau angeschaut hat. Und die sagen nun, dass generell bei der

Bekämpfung von Fahrzeugbränden, unabhängig von der Antriebsart, also Benzin, Diesel, Hybrid oder auch Elektrofahrzeuge, der Brandschutz immer eine sehr große Rolle spielt und es potentielle Gefahren für die Einsatzkräfte gibt. Was das Brandverhalten von E-Fahrzeugen betrifft, stellen ADAC, also der Deutsche Automobilklub und auch die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung, aber auch verschiedene österreichische Forschungsprojekte fest, dass es sich nicht wesentlich von Verbrennungsfahrzeugen unterscheidet. Entscheidend ist allerdings bei einem Brand mit einem E-Fahrzeug der richtige Umgang. In einsatztaktischer Hinsicht unterliegt die Einsatzmannschaft der Berufsfeuerwehr Graz ständigen Schulungen und Unterweisungen im Hinblick auf alternative Antriebe. Dabei wird besonders auf aktuelle Informationsblätter und Schulungsunterlagen von diversen Fachgremien sowie von Verbänden, zum Beispiel Österreichischer Bundesfeuerwehrverband, und auf Rettungsdatenblätter eingegangen. Wie bereits erwähnt, grundsätzlich keine wesentliche Unterscheidung zu Bränden bei normalen Fahrzeugen, allerdings gibt es natürlich spezielle Gefahren in diesem Bereich. Bei der Brandbekämpfung von E-Fahrzeugen ist auf ausreichend Löschwasser sowie auf die freiwerdenden Gase zu achten. Das medial und auch von Ihnen vorher erwähnte komplette Versenken eines Fahrzeugs, zum Beispiel in einen Container, um die Batterie vollständig mit kühlendem Wasser zu bedecken, ist nur in wenigen begründeten Ausnahmefällen notwendig. Daher sei die Ausstattung von Feuerwehr mit den entsprechenden Containern meist nicht notwendig und wird als präventive Maßnahme auch nicht empfohlen. Nach Abschluss der Brandbekämpfung wird das Fahrzeug, sofern möglich, gemäß den Angaben im Rettungsdatenblatt deaktiviert. Durch mechanische oder thermische Einwirkung beschädigte Lithium-Ionen-Akkus in Fahrzeugen, die keine Anzeichen für einen fortbestehenden Brand innerhalb der Batterien zeigen, werden mit Sicherheitshinweisen an einen Abschleppdienst übergeben. Und diese Fahrzeuge werden dann auf einem eigenen Havarie-Platz isoliert abgestellt und natürlich auch über einen längeren Zeitraum beobachtet.

GR Mag. **Winter:**

Danke Herr Stadtrat für die Antwort. Es ist mit Sicherheit wichtig, dass bereits jetzt langfristig hier Sicherheitskonzepte entwickelt werden und dass man sich auch jetzt bereits Gedanken macht. Sie haben es erwähnt, das Löschen so eines Fahrzeuges ist sehr ähnlich aber es ist doch nicht gleich, es besteht mit anderen Worten dann doch eine Besonderheit, es besteht doch eine Notwendigkeit spezielle Sicherheitskonzepte auch gerade für große Fahrzeuge, die große Akkus besitzen, Sprichwort Busse, die in unmittelbarer Zukunft natürlich auch auf unseren Straßen unterwegs sein werden. Mit anderen Worten, ja, es gibt, wenn ich das richtig verstanden habe, ein Sicherheitskonzept und die Frau Vizebürgermeisterin hat heute schon, glaube ich, einen sehr richtigen Satz gesagt, beim Budget wird es immer schwierig, war heute, glaube ich, ihre Aussage.

Zwischenruf Vzbgm<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner:**  
herausfordernd

GR Mag. **Winter:**

Wie auch immer. Daher die Frage: Gibt es bereits für dieses Sicherheitskonzept, was entwickelt wird, gewisse budgetäre Rahmen die man da abschätzen kann?

StR **Eber:**

Derzeit ist ein finanzieller budgetärer Rahmen nicht absehbar. Ich habe auch von der Feuerwehr noch keine Anforderung oder keine Informationen diesbezüglich über einen erhöhten Finanzbedarf erhalten.

**6.8 Frage 8: Budgetvorsorge für die 2-malige Abhaltung des „Großen Annenstraßen- Flohmarktes“ ab 2024  
(GR<sup>in</sup> Reininghaus, Neos an StR Eber, KPÖ)**

**GR<sup>in</sup> Reininghaus:**

Hoher Stadtsenat, geschätzte Kollegen und Kolleginnen, liebe Zuschauer auf dem Balkon und zu Hause am Livestream. Ja, bei all den Themen, die wir jetzt besprochen haben, freut es mich direkt meine Frage an den Stadtrat Eber zu stellen, der ja auch Finanz- und Beteiligungsstadtrat ist, wie wir wissen. Es geht um die Budgetvorsorge für die 2-malige Abhaltung des „Großen Annenstraßen-Flohmarktes“ ab dem kommenden Jahr. Ich weiß nicht, ich darf Sie vielleicht noch einmal zurückführen an die letzte Gemeinderatssitzung vor dem Sommer, es war der 6. Juli, da hat ja der Gemeinderat sich einstimmig in diesem Fall für die Dringlichkeit der Wiedereinsetzung des „Großen Annenstraßen-Flohmarktes“, und zwar als Wirtschaftsimpuls für die Bezirke Lend und Graz, ausgesprochen. Die inhaltlichen Punkte wurden mehrheitlich angenommen und zum Beispiel wurden die zuständigen Stellen beauftragt die sicherheitstechnischen und verkehrstechnisch relevanten Fakten zu prüfen, da es ja natürlich eine Verbreiterung des südseitigen Gehsteiges nach der Umgestaltung der Annenstraße gibt, also wir gehen jetzt von anderen Voraussetzungen aus. Weiters wurden die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht zu prüfen, ob der Verein Annenviertel oder Stadtteilprojekt Annenviertel, wie er genau heißt, unter der Leitung von Maria Reiner, bereit wäre die Organisation des Flohmarktes ab 2024 wieder zu übernehmen. Sie wissen, 5 Jahre lang hat die Maria Reiner ein tolles Event auf die Beine gestellt, da sind bis zu 10.000 Menschen gekommen, das ist ein Wirtschaftsimpuls für die Bezirke Lend und Gries. Ja, in der Zwischenzeit ist einiges passiert. Die Abteilung für Wirtschafts- und Tourismusedwicklung hat in der Zwischenzeit von der Holding Graz eine Stellungnahme eingeholt, ob es erforderlich bleibt, jetzt mit der neuen Situation, dass ein Schienenersatzverkehr einzurichten ist. Ich möchte Ihnen hier die Stellungnahme der Holding wie folgt vorlesen. Sie gibt wörtlich an, Zitat, „dass der Verein den Flohmarkt ohne Schienenersatzverkehr rechtzeitig planen und bei der zuständigen Abteilung einreichen müsse.“ Heißt für mich auf Deutsch Schienenersatzverkehr ist

nicht notwendig, kann sich eh kein Verein leisten, dann wäre eh schon wieder der Flohmarkt gestorben. Also das ist einmal ein positives Zeichen vonseiten der Holding. Die Holding ist in der Zwischenzeit auch an die Maria Reiner herangetreten, um sie zu fragen ob sie bereit ist diesen Flohmarkt wieder durchzuführen. Und die Maria Reiner hat schriftlich bekanntgegeben, dass sie das gerne machen, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind. So, ich zitiere wieder aus dem Schreiben der Maria Reiner:

- a) Wir brauchen ausreichend Budget, um die Ordner:innen und das benötigte Personal zu bezahlen.
- b) Die Straßenbahn sollte entweder gesperrt werden oder – was wir besser fänden – die Straßenbahn nicht zu sperren und den Flohmarkt dennoch zu veranstalten, da ein Durchfahren der Straßenbahn erstens die Sichtbarkeit des Flohmarktes gewährleistet, die Menschen aber auch zum Flohmarkt, zum Event, bringt. Die Straßenbahn schreib Maria Reiner: Ist aus unserer Sicht keine Gefahr. Die Straßenbahn muss einfach nur langsamer fahren. Das hat sie bis jetzt bei allen anderen Flohmärkten auch wirklich ausgezeichnet gemacht.
- c) Die Straßensperren, alle Gebühren und die Endreinigung der Annenstraße sollten bezahlt werden oder erlassen werden. Also ich zitiere Maria Reiner, um die Veranstaltung im Vorfeld auch ausreichend bewerben zu können. Zitatende.

Ich habe jetzt kürzlich Maria Reiner persönlich besucht und sie gefragt, was meinst du bitte mit ausreichend Budget? Das kann sie im Moment nicht sagen, denn es müssten jetzt die ganzen Abteilungen wieder quasi kontaktiert werden um aktuelle Preise einzuholen. Also sie redet von 10.000-15.000 Euro pro Flohmarkt. Bitte entschuldigen Sie mich, ich kann das nicht prüfen, aber lassen wir es einfach so stehen, ja.

Zusammengefasst haben wir jetzt folgende Situation. Der Gemeinderat hat sich mehrheitlich für den Flohmarkt ausgesprochen. Die Holding gibt grünes Licht was den nicht benötigten Schienenersatzverkehr betrifft. Und die Maria Reiner, mit dem Verein Stadtteilviertel Annenstraße, sagt ja, ich mache es, aber ihr müsst mich unterstützen. Schaut doch gut aus. Es fehlt eigentlich nur noch das Wesentliche, das Geld.

**Zwischenruf:**

Die Frage!

GR<sup>in</sup> Reininghaus:

Ja, meine

**Frage**

an Finanz- und Beteiligungsstadtrat Eber.

Nein, ich lasse mich da heute gar nicht stressen bitte, ihr überzieht alle ohne Ende, jetzt bin ich einmal dran.

Aus welchem Budget welcher Abteilung sollen die Vereinskosten für die Organisation und Abhaltung der jährlich 2x stattfindenden „Großen Annenstraßen-Flohmärkte“ ohne Schienenersatzverkehr ab 2024 finanziert werden? Danke.

**Originaltext der Frage:**

*In der Gemeinderatssitzung vom 6. Juli 2023 sprach sich die Mehrheit der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte für die Dringlichkeit einer Wiedereinsetzung des „Großen Annenstraßen-Flohmarktes“ als Wirtschaftsimpuls für die Bezirke Lend und Gries aus. Dabei wurden die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht, die sicherheits- u.- verkehrstechnisch relevanten Fakten einer neuerlichen Prüfung zu unterziehen. Durch die deutliche Verbreiterung des südseitigen Gehsteiges nach der Umgestaltung der Annenstraße sollten die zuständigen Stellen der Stadt Graz beurteilen, ob die Durchführung der Flohmärkte künftig oder weiterhin ohne Schienenersatzverkehr möglich ist. Weiter wurden die zuständigen Stellen der Stadt Graz zu prüfen ersucht, ob der Verein „Stadtteilprojekt Annenviertel“ unter der Leitung von Maria Reiner bereit wäre, die Organisation des Flohmarktes ab 2024 wieder zu übernehmen.*

[https://www.graz.at/cms/dokumente/10411958\\_7768145/0c93cb25/230706\\_dringliche.pdf](https://www.graz.at/cms/dokumente/10411958_7768145/0c93cb25/230706_dringliche.pdf)

*Die Abteilung für Wirtschaft u.- Tourismusentwicklung holte in der Zwischenzeit von der Holding Graz eine Stellungnahme zum Erfordernis eines Schienenersatzverkehrs ein. Die Holding gab dazu schriftlich an, dass der Verein den Flohmarkt ohne Schienenersatzverkehr rechtzeitig planen und bei der zuständigen Abteilung einreichen müsse. Der Stellungnahme ist zu entnehmen, dass die Abhaltung des Flohmarktes nicht an den Einsatz eines Schienenersatzverkehrs gebunden ist, was ohnehin für Vereine schwer erschwinglich wäre.*

*Die Antwort Maria Reiners an die Holding darf ich wörtlich zitieren: „Wir veranstalten den Annenstraßen-Flohmarkt gerne, wenn folgende Bedingungen erfüllt werden: a) ausreichend Budget, um die Ordner:innen und das benötigte sonstige Personal zu bezahlen, b) die Straßenbahn entweder zu sperren oder – was wir besser fänden – die Straßenbahn nicht zu sperren und den Flohmarkt dennoch zu veranstalten, da ein Durchfahren der Straßenbahn eine Sichtbarkeit des Flohmarktes gewährleistet, aber auch die Besucher:innen hinbringt. Die Straßenbahn ist aus unserer Sicht keine Gefahr. Sie muss einfach langsam fahren. Das hat sie bisher ausgezeichnet bei allen Flohmärkten gemacht, c) die Straßensperren, alle Gebühren und die Endreinigung der Annenstraße zu bezahlen oder zu erlassen, d) um die Veranstaltung im Vorfeld ausreichend bewerben zu können.“*

*Kürzlich habe ich Maria Reiner persönlich besucht, um die Höhe des benötigten Budgets zu eruieren. Die genauen Kosten lägen erst nach Einholung aktueller Angebote bei den zuständigen Abteilungen vor. Sie sprach von 10.000 – 15.000 Euro pro Flohmarkt. Nachdem sich der Gemeinderat mehrheitlich für die Wiedereinsetzung des „Großen Annenstraßen-Flohmarktes“ als Wirtschaftsimpuls für die Bezirke Lend und Gries eingesetzt hat, der Verein „Stadtteilviertel Annenstraße“ bereit ist, die Organisation zu übernehmen und die Holding Graz in ihrer Stellungnahme grünes Licht gab, sind wir erfreulicherweise schon ein großes Stück weitergekommen. Fehlt nur noch die Finanzierung. Daher stelle ich gemäß § 16a der Geschäftsordnung des Grazer Gemeinderats folgende*

**Frage an Stadtrat Manfred Eber:**

*Aus welchem Budget welcher Abteilung sollen die Vereinskosten für die Organisation und Abhaltung der jährlich 2x stattfindenden „Großen Annenstraßen-Flohmärkte“ ohne Schienenersatzverkehr ab 2024 finanziert werden?*

**StR Eber:**

Grundsätzlich ist es so, dass der Verein Stadtteilprojekt Annenviertel in den letzten 7 Jahren sehr hohe Förderungen in einem sechsstelligen Bereich erhalten hat aus den unterschiedlichsten Abteilungen und Ämtern, fängt an vom Bezirksrat über das Sportamt, Stadtbaudirektion, Kulturamt, Umweltamt, ABI, Sozialamt, Integration und vom Amt für Wohnungsangelegenheiten. Du hast jetzt in deiner Frage oder in deinem Motivenbericht sozusagen auch noch erwähnt, dass der Annenstraßenflohmarkt ja auch ein wichtiger Wirtschaftsimpuls wäre, also von daher stünde dann auch grundsätzlich die Abteilung für Wirtschaft und Tourismus für eine derartige Subvention wahrscheinlich gerne zur Verfügung. Grundsätzlich haben wir in der Stadt Graz das Prinzip der dezentralen Budgetbewirtschaftung, das bedeutet, dass natürlich, oder um es ganz konkret zu machen, bei dieser Veranstaltung als Flohmarkt natürlich entsprechende Subventionsansuchen an die unterschiedlichen Abteilungen gestellt werden können und diese dann je nach ihren Möglichkeiten und ihrem Wunsch, das auch zu unterstützen, entsprechende Subventionen dann auch auszahlen können.

**GR<sup>in</sup> Reininghaus:**

Zusatzfrage – Nein, die spare ich mir jetzt, weil ich bin der Antwort eh ziemlich zufrieden. Vielen Dank, dankeschön.

**Bgm.in Kahr:**

Ich habe noch eine Mitteilung zu machen. Die Frau Klubobfrau Gmeinbauer hat mir mitgeteilt, dass die Frau Gemeinderätin Derler nicht kommen kann, sie hat es versucht,

aber sie ist erkrankt. Wir switchen jetzt in den nichtöffentlichen Teil. Ich darf mich kurz von allen Zuhörer:innen und Zusehern kurz verabschieden, bitte auch auf der Galerie, dass alle Besucher kurz aus dem Raum gehen. Dankeschön.

**Ende der Fragestunde: 13.23 Uhr**